

# „Wir hätten uns bei der GOÄ eher um Details kümmern müssen“

Der Ärger um die GOÄ gehört zu den Kernthemen der Eröffnungsrede von BÄK-Präsident Professor Frank Ulrich Montgomery beim Deutschen Ärztetag in Hamburg. Die „Ärzte Zeitung“ dokumentiert Auszüge aus der Rede, die uns vorab vorgelegen hat.

VON PROFESSOR  
FRANK ULRICH MONTGOMERY

(...) Die Balance, der gerechte Ausgleich, muss auch uns in den Körperschaften gelingen. Dabei kann es gerne mal argumentativ hoch hergehen. Auch Maximalforderungen dürfen, ja sollen sogar erhoben werden – am Ende aber müssen die Chancen und Herausforderungen jeder Frage abgewogen und Entscheidungen gefällt werden, die für alle akzeptabel sind.

... wie sehr steht dieses dunkle Kapitel der deutschen Ärzteschaft (die NS-Zeit, d.Red.) im Kontrast zu dem außergewöhnlichen Engagement der vielen Tausend Ärztinnen und Ärzte, welches diese bei der Bewältigung des Flüchtlingsstroms gezeigt haben. Als die Lage in vielen Erstaufnahmeeinrichtungen bestenfalls angespannt, oft gar chaotisch war, setzten sie sich in einer beispiellosen Welle der Hilfsbereitschaft für die schutzsuchenden Menschen ein. Deutschlandweit halfen sie, wo sie nur konnten.

Niedergelassene und Klinikärzte schoben nach Dienstschluss unentgeltlich Überstunden in Erstaufnahmeeinrichtungen. Krankenhäuser stellten ärztliches und pflegerisches Personal ab. Und in mehreren Städten hat die Ärzteschaft Notfallpraxen eigens für Flüchtlinge aufgebaut. Was diese Kolleginnen und Kollegen geleistet haben, (...) ist im besten Sinne ärztlich. Ihnen gebührt Dank.

## Einschränkungen abschaffen!

Niemand sollte auf die Idee kommen, sich auf diesem ehrenamtlichen Engagement auszuruhen. (...) Handlungsbedarf besteht unter anderem bei der nur schleppend verlaufenden Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge sowie bei der viel zu bürokratischen Leistungsgewährung gemäß Asylbewerberleistungsgesetz. Deutsche Ärztetage haben immer wieder gefordert, diese Einschränkungen abzuschaffen. Für uns Ärzte – das gebietet unser Eid – sind alle Menschen gleich! (...)

Wir reden nicht nur über Geld. Aber unseren Anspruch auf ein angemessenes Honorar und eine rechtssichere Gebührenordnung müssen wir gleichwohl einfordern. Auch wenn wir

119. DEUTSCHER  
ÄRZTETAG  
HAMBURG  
24. bis 27. MAI 2016

“

Es gibt durchaus Grund zur Kritik. Der Vorstand hat sich regelmäßig informieren lassen und den Berichten und Konzepten fast immer einstimmig zugestimmt. Aber wir alle – und da schließe ich mich selbst ausdrücklich mit ein – haben die Komplexität dieses Prozesses unterschätzt.

BÄK-Präsident Professor  
Frank Ulrich Montgomery  
über den Ärger um die GOÄ.



Professor Frank Ulrich Montgomery bei der Eröffnung des Ärztetags. © DOMINIK REPKA

seit über zwanzig Jahren von der Politik hier enttäuscht wurden. Wir haben uns daher seit 2006 selbst dieser Aufgabe angenommen. Dabei ist der Prozess, eine neue Gebührenordnung für Ärzte auf den Weg zu bringen, alles andere als einfach. (...) Die Materie ist hochkomplex, zum Debattenstil möchte man einigen zuzufügen, „Habt Ihr's nicht auch ne Nummer kleiner?“

## Berechtigte Kritik an der Sache

Mit Kritik in der Sache aber müssen wir uns auseinandersetzen. Und es gibt durchaus Grund zur Kritik. Der Vorstand hat sich regelmäßig informieren lassen und den Berichten und Konzepten fast immer einstimmig zugestimmt. Aber wir alle – und da schließe ich mich selbst ausdrücklich mit ein – haben die Komplexität dieses Prozesses unterschätzt. Wir hätten uns früher und intensiver um die Details und ihre Wechselwirkungen zur grundlegenden Struktur kümmern müssen. Ich muss mich persönlich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, wir hätten den Prozess zu lange nur begleitet, statt einzugreifen.

Lassen Sie mich daher kurz auf unsere Vorstandssitzung im März eingehen. Wir haben dort nach einem mehrjährigen Diskussionsprozess und einem informativen Sonderärztertag festgestellt, dass es erhebliche – und zwar ganz erhebliche – Inkongruenzen zwischen dem vorgelegten Zwischenstand eines bewerteten Leistungsverzeichnisses und unseren Vor-

stellungen und Erwartungen gab. Was hätten wir als Vorstand der Bundesärztekammer da anderes tun können, als diesen Zwischenstand wegen der ganz offensichtlichen Inkongruenzen einstimmig zurückzuweisen?

Nach dieser Entscheidung war aber auch klar: Wir mussten den „reset“-Knopf drücken, wir mussten uns neu aufstellen. Ich selbst habe die politische Verhandlungsführung übernommen. Dr. Klaus Reinhardt, Vorstandsmitglied, hat sich dankenswerterweise bereit erklärt, den Vorsitz im Gebührenordnungsausschuss zu übernehmen und damit die technische Verhandlungsführung zu leiten. Gemeinsam werden wir jetzt den Abstimmungsprozess der Leistungsgenden mit den Berufs- und Fachverbänden unter Beteiligung von Vertretern der Kostenträger und des BMG durchführen. (...)

Wir haben eine Lenkungsgruppe GOÄ gegründet, die den Steuerungsprozess der Fortentwicklung koordiniert und prüft. Sie wird ebenfalls von mir geleitet. Darüber hinaus haben wir die Personalstärke des Dezernats erhöht. Mit mehr eigenen Mitarbeitern allein aber wird man die Probleme nicht lösen können, es geht immer auch um die Grunddaten. Wir haben uns deswegen externen Sachverständigen versichert. Und die Finanzkommission hat das Finanzierungskonzept für diese Aufgaben bereits genehmigt. Wir haben nunmehr einen abgestimmten Text der Leistungsgen-

den. Die Diskussionen auf der Sachebene mit den Berufs- und Fachverbänden haben bereits begonnen. (...)

## Nichts geht ohne den Bundesrat

Einfach nur einen Inflationsausgleich ohne Anpassung der GOÄ-Legierungen von 30, ja bis zu 70 Prozent zu fordern, ist zwar schnell gesagt und findet auch schnell Anhänger. Übersehen wir aber bitte nicht: Etwa 40 Prozent der GOÄ-Rechnungen sind Beihilfen des Bundes und der Länder. (...) Ohne eine Zustimmung des Bundesrates, ohne Berücksichtigung der Länderhaushalte und der Finanzierungsreserven unter der ab 2020 greifenden Schuldenbremse geht es deshalb nicht. Was geht, ist deswegen eine modernisierte, rechtssichere, anpassungsfähige und zukunftsorientierte neue GOÄ, der auch der Bundesrat zustimmen kann. Und für die – und nur für die – steht ein Angebot von 5,8% mehr im Raum. Alle anderen Optionen würden auf dieses Plus verzichten – das muss man wissen, und dann auch verantworten.

Noch ein Thema liegt uns auf der Seele. Das Tarifeinheitsgesetz ist verabschiedet worden. Die Klagen auf einseitige Anordnungen, die auch der Marburger Bund eingereicht hatte, sind vom Bundesverfassungsgericht abgelehnt worden. Nun muss in der Hauptsache entschieden werden. Ich kann nur dringlich dazu raten, dieses Gesetz schnellstmöglich wieder zu kassieren. (...)